

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/034(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 16.05.2014	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:45Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14. 03. 2014 - öffentlicher Teil
- 4 Anträge
 - 4.1 Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Mauerfall
Fraktion CDU/BfM A0025/14
 - 4.1.1 Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Mauerfall
BE: Bürgermeister S0089/14
 - 4.2 Kinderfreundliche Homepage
Mirko Stage, Oliver Wendenkampf - Stadträte future! - Die junge Alternative A0009/14
 - 4.2.1 Kinderfreundliche Homepage
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit S0035/14
 - 4.3 Kita-Portal bürgerfreundlich programmieren
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0017/14

4.3.1	Kita-Portal bürgerfreundlich programmieren BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0064/14
4.4	Beauftragte/r für Bürgerbeteiligung Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0140/13
4.4.1	Beauftragte/r für Bürgerbeteiligung BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0083/14
4.5	Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0014/14
4.5.1	Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0052/14
4.6	Bürgerversammlungen vor Ort Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0022/14
4.6.1	Bürgerversammlungen vor Ort BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0116/14
4.7	Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0054/14
4.7.1	Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0096/14
4.8	E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de Stadträte Stage und Wendenkampf, future! - Die junge Alternative	A0028/14
4.8.1	E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0118/14
5	Informationen	
5.1	Interkommunale Zusammenarbeit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0123/14
5.2	Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2013 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0080/14
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

ab 15.50 Uhr

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Vertreter

Stadtrat Thorsten Giefers

i.V.f. SR Herbst

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke bis 15.50 Uhr

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Frau Dr. Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Auf Hinweis des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, wird die Information I0080/14 – Personalkostencontrolling Jahresabschluss 2013 (TOP 8.1.) im öffentlichen Teil als **TOP 5.2** behandelt.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14. 03. 2014 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14. 03. 2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

4. Anträge

4.1. Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Mauerfall Vorlage: A0025/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt Herr Dr. Dürre, Kulturbüro, teil.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass in der Stellungnahme der Verwaltung umfangreich dargestellt ist, was unternommen und wieviel Engagement hierfür gezeigt wird.

Er sieht den Antrag mit den Darstellungen der Stellungnahme eigentlich als erledigt an. Als wichtig für ihn bezeichnet er, dass sich der Stadtrat bei bestimmten Veranstaltungen mit einbringt.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Auffassung seiner Fraktion, die Wichtigkeit des Jahrestages zu dokumentieren, auch durch den Oberbürgermeister als oberster Repräsentant.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass alle in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellten Aktivitäten auch so umgesetzt werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0025/14 der Fraktion CDU/BfM in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 zu beschließen.

4.1.1. Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Mauerfall
Vorlage: S0089/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Kinderfreundliche Homepage
Vorlage: A0009/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Ebenfalls ist zu diesem TOP als Einbringer des Antrages Stadtrat Mirko Stage, future! – Die junge Alternative, anwesend.

Stadtrat Stage informiert, dass im Ausschuss Juhi zum Antrag ergänzende Ausführungen hinsichtlich der Festlegung weiterer Schritte zur Verfahrensweise gemacht wurden.

Er regt an, auch die Mitglieder des ehemaligen Jugendforums in die Erarbeitung der Homepage mit einzubeziehen und bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung sowie die im Jugendhilfeausschuss vorgetragene Ergänzung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0009/14 in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 zu beschließen.

4.2.1. Kinderfreundliche Homepage
Vorlage: S0035/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3. Kita-Portal bürgerfreundlich programmieren
Vorlage: A0017/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages. Er verweist darauf, dass mit der Stellungnahme der Verwaltung die einfache Umsetzbarkeit einer bürgerfreundlichen Nutzung zum Ausdruck gebracht wird und spricht seinen Dank für die Stellungnahme aus.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert über Hinweise von Eltern auf Schwierigkeiten bei der Nutzung des Kita-Portals und regt an, seitens des Jugendamtes Kontakt mit Nutzern aufzunehmen, um aus deren Sicht zu erfahren, welche Probleme bestehen.

Der Beigeordnete Herr Brüning stellt klar, dass bestimmte Schwierigkeiten in der Bedienung des Portals bei der Eingabe von Daten auftreten. Zur Vermeidung von Irritationen soll in einem 1. Schritt dafür gesorgt werden, dass alle Einrichtungen über die Handhabung des Portals informiert sind. Zielstellung ist, hierfür ein Handbuch vorzulegen.

In einem 2. Schritt wird in den nächsten Wochen die operative Arbeit verstärkt. Hierbei werden Hinweise von Eltern gesammelt, denen im Einzelnen nachgegangen wird.

Insbesondere verweist er darauf, dass mit dem Kita-Portal die Suche nach Betreuungsplätzen erleichtert wird, aber dieses auch wie vorgesehen angewendet werden muss.

Hinweis: Die Stadträte Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, und Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, treffen zur Sitzung ein.

Nach weiterer Diskussion empfiehlt der Verwaltungsausschuss mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0017/14 in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 zu beschließen.

4.3.1. Kita-Portal bürgerfreundlich programmieren Vorlage: S0064/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4. Beauftragte/r für Bürgerbeteiligung Vorlage: A0140/13

An diesem TOP nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, legt die Meinung seiner Fraktion dar, mit der Benennung für die Bürger ein Symbol zu setzen, dass sich in der Verwaltung ein konkreter Ansprechpartner für Bürgeranliegen engagiert. Hierin wird ein weiterer Beitrag für die Bürger gesehen, ihre Anliegen in der Stadt vorzutragen. Insbesondere verweist er darauf, dass damit kein Personalaufwuchs verbunden sein soll und in anderen Städte bereits so verfahren wird.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass in seinem Büro bereits eine Mitarbeiterin genau diese Aufgabe wahrnimmt, vorgetragene Anliegen aufzunehmen und an die zuständigen Fachbereiche zur Erledigung weiterzuleiten.

Für Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, wäre die beantragte Beauftragtenfunktion eine Zusatzaufgabe, deren kostenneutrale Darstellung schwierig sei. Er verweist auf einen früheren Antrag seiner Fraktion, alle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung aufzuzeigen, in dessen Ergebnis seitens der Verwaltung ein umfangreicher Katalog erarbeitet wurde.

Stadtrat Bromberg legt dar, dem Antrag nicht zustimmen zu können.

Ergänzend zu den Ausführungen des Stadtrates Theile führt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, klarstellend zum Antrag aus, dass kein neuer Aufgabenbereich eingerichtet werden soll, sondern es gehe darum, einen Hauptverantwortlichen zu benennen, der die Federführung übernimmt.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist auf die Vielfältigkeit der Bürgerbeteiligung und darauf, dass diese alle Fachbereiche betrifft. Insbesondere legt er dar, dass Bürgerbeteiligung im Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr anders zu organisieren sei, als in anderen Bereichen. In den Fachämtern sind bereits viele Mitarbeiter mit der Thematik Bürgeranliegen beauftragt, diese werden nur nicht so benannt. Er legt seine Auffassung dar, dass die Verwaltung zu dieser Thematik bereits gut aufgestellt sei, die weitere Entwicklung jedoch beobachtet werde.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, erklärt, sich den Ausführungen des Beigeordneten Herrn Platz anschließen zu können. Er nimmt Bezug auf die vor einigen Jahren geführte Diskussion zu Beauftragten, in deren Ergebnis Übereinstimmung erzielt wurde darüber nachzudenken, wie Fachämter sich hier engagieren können.

Stadtrat Stern vertritt die Auffassung, dass die Bürger sehr wohl wissen, an wen sie sich mit ihren Anliegen wenden müssen und die in der Verwaltung vorhandene Stelle bereits der Intention des vorliegenden Antrages entspricht.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt nicht die Meinung des Stadtrates Stern, dass alle Bürger wissen, wohin sie sich wenden können und sieht deshalb die Aufgabe eines Beauftragten als sinnvoll an.

Eingehend auf die bereits vorhandene Stelle für Bürgeranliegen legt er seine Auffassung dar, dass der Begriff des Beauftragten ohne viel Aufwand, z.B. auf Briefköpfen, ergänzt werden kann.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, sieht in der Benennung eines hauptverantwortlichen Beauftragten die Gefahr, dass sich einige Mitarbeiter aus der Verantwortung für Bürgeranliegen zurückziehen und bezeichnet die bisherige Verfahrensweise der Verwaltung als ausreichend.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0140/13 in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 nicht zu beschließen.

4.4.1. Beauftragte/r für Bürgerbeteiligung Vorlage: S0083/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.5. Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse Vorlage: A0014/14

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, spricht seinen Dank für die Stellungnahme der Verwaltung aus merkt jedoch kritisch an, dass die Situation in den Beteiligungsgesellschaften unbeantwortet geblieben ist.

Bezug nehmend auf die in der Stellungnahme dargestellten Fremdsprachenangebote für Mitarbeiter der Verwaltung hinterfragt er, ob diese Angebote auch Mitarbeitern der Gesellschaften (z.B. MVB) unterbreitet wurden und zu welchen Bedingungen.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass hinsichtlich der Gesellschaften zunächst noch die erforderlichen Informationen abgefragt werden müssen und diese dann ergänzend nachgereicht werden.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung legt Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, dar, dass der hier festgestellte Bedarf einer freiwilligen Initiative unterworfen ist. Klarstellend zum Anliegen des Antrages führt er aus, dass hiermit gemeint sei, den Bedarf der Arbeitsaufgabe entsprechend zur Pflicht zu erheben, sowie keine arbeitsrechtlichen Bedenken dagegen stehen. Er vertritt die Auffassung, dass die Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse von den entsprechenden Beschäftigten verlangt werden sollte und hierfür bei Bedarf eine bezahlte Freistellung gewährt wird.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, gibt den Hinweis, dass bereits im Jahr 2006 ein entsprechender Antrag seiner Fraktion eingebracht wurde und die Problematik von der Verwaltung richtig erkannt wurde. Ebenfalls wurde dabei die Frage hinsichtlich der Situation in den Gesellschaften aufgeworfen. Er legt seine Auffassung dar, dass hier in den vergangenen Jahren in der Verwaltung zwar entsprechende Aktivitäten unternommen wurden, die Thematik aber weiterhin aktuell sei. Aus diesem Grund spricht er sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, vertritt die Auffassung, dass Mitarbeiter selbst erkennen müssen, ob eine Anpassung der Fremdsprachenkenntnisse für ihre Tätigkeit erforderlich ist und sollten bei Bedarf Eigeninitiative entwickeln.

Er merkt an, dass andererseits bei Stellenausschreibungen darauf geachtet werden muss, bei Erfordernis für das Tätigkeitsprofil das Vorhandensein entsprechender Fremdsprachenkenntnisse zu verlangen.

Für Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, stellt sich die Bedeutung des Antrages so dar, dass seitens der Verwaltung ein Konzept erarbeitet wird, wie auch in den Unternehmen der Stadt eine entsprechende Verbesserung erreicht werden kann. Dies sei für ihn jedoch zu weit gegriffen. Als Begründung legt er seine Auffassung dar, dass seitens der Unternehmen deren Bedarf selbst festgestellt werden muss und diese auch eigene Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreiten. So wie der Antrag formuliert sei, könne er keine Zustimmung geben. Als zustimmungsfähig sieht er an, wenn seitens der Stadt eine Koordinierung der von den Unternehmen zugearbeiteten Bedarfe erfolgte.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis auf die neu gegründete Arbeitsgruppe „Internationalisierung“ in der Verwaltung, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Er legt dar, dass das Erfordernis von Fremdsprachenkenntnissen bei den betreffenden Stellen in der Aufgabenbeschreibung enthalten ist und auch entsprechende Ausschreibungen mit dem Hinweis auf die Erforderlichkeit der Kenntnisse erfolgen.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf informiert, dass in den vergangenen Jahren eine Sprachausbildung nur gefordert wurde, wenn diese im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz erforderlich war.

Heute stehen Englischkurse allen Mitarbeitern offen. Hierfür werden Inhouse-Seminare angeboten, deren Interessenten alle Verwaltungsbereiche betreffen. Sie merkt an, dass für andere Sprachkurse seitens der Verwaltung Unterstützung in Form von Freistellungen gewährt wird.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, verweist nochmals klarstellend zum Anliegen des Antrages darauf, dass bei Erforderlichkeit der Sprachkenntnisse für die Tätigkeit eine Verbesserung bzw. Anpassung der Kenntnisse verlangt werden soll.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, trifft die Feststellung, dass der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erst zur Hälfte erfüllt ist und merkt an, darauf zu vertrauen, dass die fehlenden Informationen nachgereicht werden.

Mit der Zusage des Beigeordneten I, die erforderlichen Informationen zu den städtischen Beteiligungsgesellschaften nachzureichen, wird der Antrag zur Kenntnis genommen.

4.5.1. Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse Vorlage: S0052/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6. Bürgerversammlungen vor Ort Vorlage: A0022/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die im 1. Absatz der Stellungnahme getroffene Aussage, dass die Verfahrensweise bereits praktiziert wird, und merkt kritisch an, dass dies nicht zutreffend sei. Erläuternd legt er dar, dass auf der Internetseite der Stadt nur Informationen zu zwei Bürgerversammlungen zu B-Plan-Verfahren zu finden sind und diese im Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr stattgefunden haben. Er äußert die Bitte, seitens der Verwaltung darzustellen, wo die letzten 15 Bürgerversammlungen stattgefunden haben.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis auf die in der Stellungnahme enthaltene Aussage, dass die frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung in öffentlichen Veranstaltungen vor Ort erfolgt. Das Auslegungsverfahren erfolgt dann im Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass die Stellungnahme auf der Grundlage einer Zuarbeit des Baudezernates erfolgte. Er verweist darauf, dass auch GWA-Sitzungen eine Bürgerbeteiligung vor Ort sind und hier eine gute Zusammenarbeit zwischen Bürger und Verwaltung zu verzeichnen ist.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt klarstellend an, dass es bei dem Anliegen des Antrages um Bürgerversammlungen geht, die durch die Stadt durchgeführt werden. Die Durchführung von GWA-Sitzungen obliegt nicht der Stadt und sei hiermit auch nicht gemeint.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, hinterfragt Hinderungsgründe dafür, dem Anliegen des Antrages nicht nachzukommen. Er wirft die Frage auf, ob hier Kostengründe oder der Aufwand des Personaleinsatzes als Hinderungsgrund gesehen werden und sieht den Antrag als unschädlich an.

Der Beigeordnete Herr Platz sieht eine Beschlussfassung des Antrages im Sinne der Stellungnahme als unproblematisch an und begründet, dass die frühzeitige Bürgerbeteiligung bereits vor Ort stattfindet. Das formalisierte Auslegungsverfahren erfolgt weiterhin im Baudezernat.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass das Auslegungsverfahren nicht Bestandteil des Antrages ist, da dieses nicht vor Ort stattfinden muss.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, begründet die Auffassung seiner Fraktion dar, die Formulierung „grundsätzlich“ durch „möglichst“ zu ersetzen. Dem vorliegenden Beschlusstext könne nicht zugestimmt werden.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, schätzt ein, dass dort, wo es wenig Sinn macht, die Bürgerversammlung vor Ort durchzuführen, auch der erforderliche Aufwand zu groß sei, zumal im Baudezernat ohne großen Aufwand auf Sach- und Fachverstand zugegriffen werden kann.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag mit der von Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, vorgeschlagenen Änderung zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0022/14 unter Beachtung der redaktionellen Änderung in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 zu beschließen.

4.6.1. Bürgerversammlungen vor Ort Vorlage: S0116/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.7. Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg Vorlage: A0054/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Oberbürgermeister informiert, dass seitens der Verwaltung die beantragte Ausbildungskooperation nicht empfohlen wird und der Ausschusses KRB dieser Empfehlung gefolgt ist.

Zum Antrag besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0054/14 in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 nicht zu beschließen.

4.7.1. Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg Vorlage: S0096/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.8. E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de
Vorlage: A0028/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Ebenfalls ist zu diesem TOP als Einbringer des Antrages Stadtrat Mirko Stage, future! – Die junge Alternative, anwesend.

Der Oberbürgermeister informiert, dass seitens des Ausschusses KRB die Beschlussfassung nicht empfohlen wird.

Stadtrat Stage als Einbringer des Antrages legt seine Auffassung dar, dass die Stellungnahme der Verwaltung als guter Kompromiss angesehen wird und detailliert darstellt, welche Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag im Sinne der Stellungnahme.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, führt aus, die vorgeschlagene Verfahrensweise mittragen zu können und signalisiert die Zustimmung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0054/14 in seiner Sitzung am 12. 06. 2014 zu beschließen.

4.8.1. E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de
Vorlage: S0118/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Informationen

5.1. Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: I0123/14

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.2. Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2013
Vorlage: I0080/14

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf Seite 4 der Information und hinterfragt die Abweichung der Personalausgabenauswertung im Dezernat V.

In ihren erläuternden Ausführungen verweist die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf insbesondere auf vorhandene, nicht vermeidbare, Stellenvakanzen im Dezernat V. So schlage z.B. die Nichtbesetzung einer Amtsleiterstelle hierbei zu Buche.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Strategie der Verwaltung, um finanzielle Mittel einsparen zu können, unbesetzte Stellen länger frei zu halten. Eine Ausnahme hiervon bildet jedoch das Sozialamt, in dem keine absichtliche Verlängerung der Besetzungszeit erfolgt.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass sich diese Strategie in bestimmten Bereichen umsetzen lässt, in einigen Bereichen aber zu Lasten der Mitarbeiter geht. Als problematisch sieht er ebenfalls an, dass vor Stellenbesetzungen zunächst interne Stellenausschreibungen erfolgen.

Hinweis: Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, trifft zur Sitzung ein
Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, verlässt die Sitzung

Der Beigeordnete Herr Platz verweist auf die Verfügung des Oberbürgermeisters aus dem Jahr 2010 hinsichtlich einer dreimonatigen Besetzungssperre freier Stellen. Insbesondere legt er dar, dass mit dieser Verfügung konkrete Ausnahmen definiert wurden, darunter für Sozialamtsstellen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Gründe dafür, dass die Ausgaben für die Beamtenversorgung höher ausfallen als geplant verweist der Oberbürgermeister auf die nicht planbare Festlegung der Umlage des Versorgungsverbandes.

Frau Mittendorf ergänzt, dass die Besoldungserhöhung nicht im Haushaltsplan aufgenommen wurde. Hier erfolgte nur eine verbale Erläuterung zur Erhöhung als Risikoposition.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin